



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung I Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 17. Dezember 2025

Antrags-Nr. 25-F-22-0106

**Drogenszene in der Innenstadt - Stadt darf öffentliche Räume nicht aufgeben
- Antrag der Fraktionen von FDP und CDU vom 12.11.2025 -**

Die Drogenszene rund um den Luisenplatz hat sich in letzter Zeit wieder spürbar in Richtung Kirchenreulchen verlagert. Laut übereinstimmenden Berichten von Anwohnern, Geschäftsleuten und der Kirchengemeinde hat sich die Situation dort deutlich verschärft: Es kommt zu offenem Drogenkonsum und -handel, aggressivem Betteln, Diebstählen, Bedrohungen und zunehmendem Vandalismus.

Auch das Fachgeschäft Listmann gibt an, dass die Situation vor Ort zur Entscheidung beigetragen habe, das Geschäft zu schließen. Wie bereits in der Vergangenheit an der Rheinstraße sehen sich die Anrainer nun auch am Kirchenreulchen laut Presse gezwungen, einen privaten Sicherheitsdienst zu engagieren. Die Einstellung privater Sicherheitsdienste verdeutlicht das Ausmaß des Vertrauensverlustes in die öffentliche Sicherheit.

Die Reaktion des Magistrats beschränkt sich derweil auf den Verweis auf die laufende Evaluierung der Situation durch die zuständigen Fachstellen. In der Öffentlichkeit entsteht berechtigterweise der Eindruck, dass immer mehr öffentliche Räume in Wiesbaden aufgegeben und der Verwahrlosung preisgegeben werden, z.B. am Hauptbahnhof, den Reisinger-Anlagen, dem Platz der deutschen Einheit und am Luisenplatz

Dabei kann die jetzige Situation nicht durch bloßes Abwarten und Beobachten gelöst werden. Die Stadt und die Polizei müssen in der Lage sein, öffentliche Räume zurückzugewinnen, bevor sich dort rechtsfreie Räume entwickeln.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

zusammen mit der Landespolizei und in Absprache mit den Anliegern kurzfristig ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Situation am Luisenplatz und den angrenzenden Bereichen zu entwickeln und umzusetzen. Dieses soll insbesondere enthalten:

- a. eine substanzielle und dauerhafte Erhöhung der Präsenz der Stadtpolizei
- b. eine deutliche Erhöhung des Kontrolldrucks zur Verhinderung des Drogenhandels
- c. eine bessere nächtliche Ausleuchtung, um das Sicherheitsgefühl zu verstärken und Kriminelle zu vertreiben.

Beschluss Nr. 0471

Der Antrag wird abgelehnt.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2025

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .01.2026

Dezernat IV, V und VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister